

Personen

und

Bustände Berlins

seit

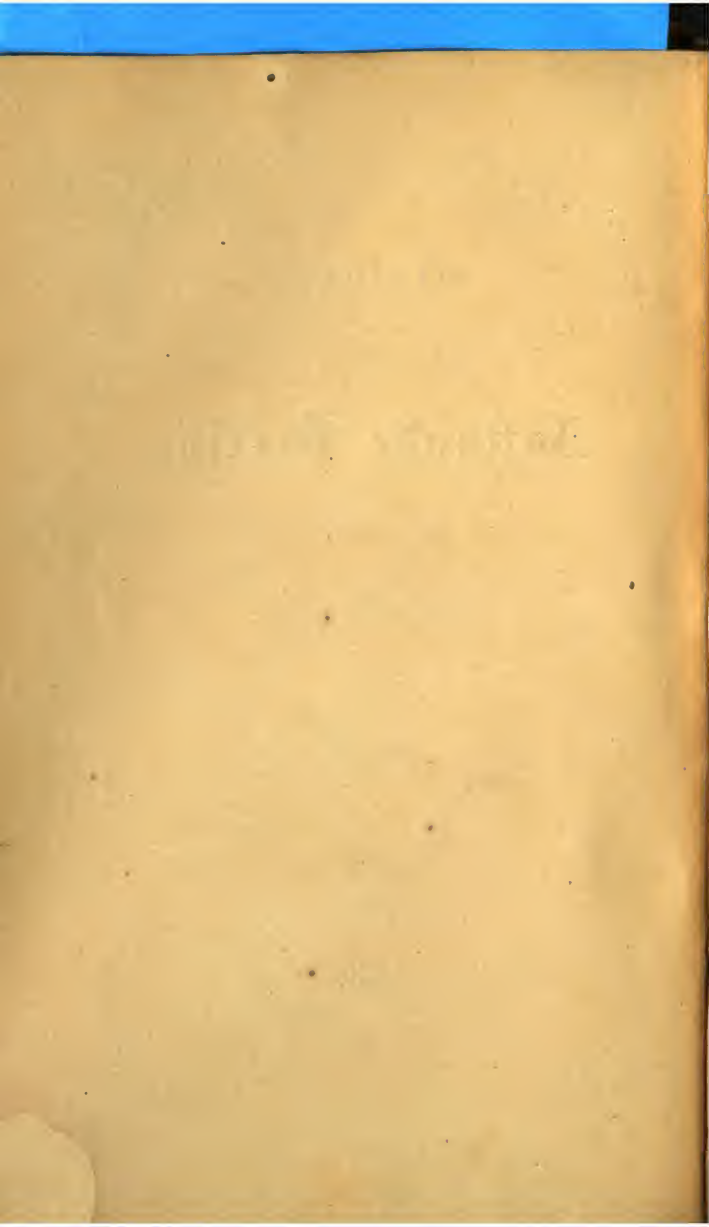
dem 18. März 1848.

Zweites Heft.

Leipzig,

Grust Reil & Comp.

1849.



P e r s o n e n
und
Z u s t ä n d e B e r l i n s

seit
dem 18. März 1848.

Ein Beitrag zur künftigen Geschichte Preussens.

Zweites Heft.



Leipzig,
Ernst Reil & Comp.
1849.

Die Eröffnung der National-Versammlung, deren Mitglieder auf Grund des Gesetzes vom 8. April 1848 gewählt und nach Berlin berufen waren, — wo nach §. 3. des Gesetzes vom 22. Mai 1848 die Landesvertretung ihren Sitz haben soll, — fand wie im ersten Hefte erwähnt, am 22. Mai im weißen Saale des Königlichen Schlosses statt. — Eine Anzahl Abgeordneter hatten in einer Versammlung im Hotel de Russie *) sich darüber verständigt, daß es dem Geiste wahrhaft konstitutioneller Staatsform nicht entspreche, wenn die Vertreter des Volkes sich in das Königliche Schloß, also in die Wohnung desjenigen begeben, mit dem sie Namens des Volkes einen Vertrag zu vereinbaren berufen sind;

*) Dieses Hotel ist dasselbe, in welchem 138 Oppositions-Mitglieder des ersten Vereinigten Landtages den Protest gegen die Rechts-Verständigkeit des Patents vom 3. Februar 1847 beschlossen, dasselbe, nach welchem die erste Preussische National-Versammlung am Morgen des 11. November 1848 zog, als sie die Thüren des Schauspielhauses verschlossen und mit Militär besetzt fand.

daß die Zusammenkunft beider vereinbarenben Theile vielmehr auf neutralem Grund und Boden stattfinden müßte, als welchen man im vorliegenden Fall den zu den Sitzungen für die National-Versammlung eingerichteten Privat-Saal der Sing-Akademie betrachten müsse. — Eine zur Vertretung dieser Ansicht, und mit der Bitte „die Eröffnungs-Sitzung wie alle folgenden im letztgenannten Saale vorzunehmen,“ an den Minister-Präsidenten geschickte Deputation, erhielt von Herrn Camphausen zuerst ausweichende Antworten, als „es sei der Ort, wo die Eröffnung vor sich gehe, gleichgültig; — die Einrichtungen in der Sing-Akademie könnten nicht fertig werden“ u. s. w.; — endlich aber, als ein Mitglied der Deputation bemerkte, wie es unmöglich annehmen könne, es sei dem umsichtigen, Alles erwägenden Herrn Minister-Präsidenten die Wichtigkeit des angeregten Umstandes entgangen, — erklärte Herr Camphausen, die Anordnung sei, wie sie sei, auf ausdrücklichen Wunsch Sr. Majestät getroffen worden und könne nicht mehr geändert werden.

Die überwiegende Mehrzahl derjenigen Abgeordneten, welche wegen der Eröffnung im weißen Saal Bedenken angeregt und ausgesprochen, ließ sich durch die vorstehende Antwort beschwichtigen, begab sich in das Königliche Schloß und bewies hierdurch zuerst, daß gewisse persönlichen Rücksichten und Wünsche sie bewegen könnten, von der consequenten Durchführung und Wahrung der Volks-Rechte abzustehen — ein Fingerzeig für die Kamarilla. — Nur einige Abgeordnete gingen aus dem oben erwähnten Grunde nicht in den weißen Saal. —

Der wichtige Eröffnungs=Act der ersten aus indirecten Urwahlen hervorgegangenen Preussischen National=Versammlung regte zu ernstern Betrachtungen an.

Friedrich Wilhelm IV., dem das Talent der freien Rede in seltenem Maße verliehen, der jede Gelegenheit ergriffen, durch dieses Talent zu bezaubern, zu besiegen; — der bis dahin durch kein Gesetz gebundene unbeschränkte Herrscher über Preußen, welcher ungeachtet der am 18. März Mittags 2 Uhr proklamirten konstitutionellen Verheißungen, während des Kampfes vom 18. zum 19. März allen Deputationen persönlich abschlägige Antworten ertheilte; derselbe mit glänzenden Geistes=Gaben ungewöhnlich ausgestattete Fürst, der am 11. April 1847 den ersten vereinigten Landtag mit einer denkwürdigen freien Rede eröffnete; Friedrich Wilhelm IV. las die Eröffnungs=Rede der ersten Preussischen National=Versammlung von einem Conzepte, und führte hierdurch den thatsächlichen Beweis, daß die durch die Ereignisse vom 18. bis 19. März gewonnene, deshalb auch erst nachher und besonders in der Proclamation vom 21. März zum ersten Male feierlich ausgesprochene Ueberzeugung, „Preußen könne fortan nur durch eine wahrhaft konstitutionelle volksthümliche Regierung glücklich und groß werden, den König von Preußen so durchdrungen habe, daß er selbst kein Bedenken trug, dem ganzen Volke zum Beispiel sich in die strengste für einen konstitutionellen Fürsten bestehende, der geistreichen Persönlichkeit unbequeme, Form zu fügen. —

Um so mehr mußte es überraschen, wenn der Minister=

Präsident, wenn der Mann, welcher erst lediglich vom Morgen des 19. März die Möglichkeit seiner hohen Stellung datiren konnte, wenn Herr Camphausen, nach dem Se. Majestät sich zurückgezogen hatten, erklärte, daß er der Versammlung „in Folge der Verheißungen des Patents vom 18. März“ einen Verfassungs-Entwurf zur Erklärung vorlege, wodurch er den nach Vergleich des Patents vom 18. und der Proklamation vom 24. März, in die Augen springenden, vom Könige durch die Verleihung der ganz freien Presse, der Bürger-Verwaffung, und durch die Proklamation thatsächlich und ausdrücklich anerkannten Einfluß des vierzehnstündigen Revolutions-Kampfes gänzlich läugnete. — Noch auffallender ist es aber, daß die National-Versammlung es nicht als ihre erste heiligste Pflicht erkannte, diese Verläugnung ihrer Mutter, der Revolution, durch einen energischen Protest an das Ministerium Camphausen zurück zu weisen. — An diese ihre Pflicht dachte die Versammlung so wenig, daß der Minister-Präsident selbst, erst in der Sitzung vom 31. Mai, nachdem schon verschiedene Interpellationen gestellt waren, an die Debatten über eine Adresse erinnern mußte. *) — Ueber diese Betrachtungen im Innern des weißen Saales boten auch die Vorgänge außerhalb manches Interessante. — Jedem Preußen war der heutige ein Tag großer historischer Bedeutung, ein Wendepunkt für die Geschichte des Vaterlandes. — Alle Staats-Minister erschienen in großer Uni-

*) Conf. stenographische Berichte.

form, also wie die Volks-Betreter im höchsten Glanze, — anders schienen die Königlichen Prinzen und die Hofstaaten über diesen Tag zu denken.

Während zur Eröffnung des ersten vereinigten Landtages sämtliche Königliche Prinzen, Prinzessinnen und alle Hofstaaten in glänzendsten sechsspännigen Galla-Equipagen nach dem Schlosse flogen, während alle constitutionelle Fürsten und deren Familien die Fahrt zur Kammer-Eröffnung im glänzendsten Aufzuge unternahmen, begaben die Preussischen Königlichen Prinzen sich in zweispännigen Victoria-Droschken, die Hofstaaten in dichtverschlossenen Miethswagen zur Eröffnung der ersten Preussischen National-Versammlung. — Die nächsten Sitzungen der N. V. fanden im Saale der Sing-Akademie statt; zuerst unter Vorsitz des Alters-Präsidenten Herrn von Schön, dessen im vierzigjährigen Reigen für des Vaterlandes Wohl geschwächten physischen Kräfte leider nicht mehr ausreichten, die Verhandlungen einer aus so verschiedenartigen Elementen zusammengesetzten Versammlung mit derjenigen parlamentarischen Sicherheit zu führen, welche unerläßlich nothwendig war; eben so wohl, um für die Versammlung durch ihr erstes Auftreten einen Achtung gebietenden Standpunkt zu gewinnen, als auch um die Art und Weise, wie die Versammlung an ihre Aufgabe ging, dem Volke die Ueberzeugung zu schaffen, daß die Begründung von Zuständen, welche das dauernde Wohl Preussens herbeizuführen allein geeignet waren, ihr eigentlicher Zweck sei, und daß sie die Befähigung besitze, zur Erreichung dieses Zweckes alle durch die politische Umge-

staltung ermöglichten, auf volksthümliche Selbst-Verwaltung berechneten Mittel und Wege mit Energie zu ergreifen, und endlich, um die Regierung darüber außer Zweifel zu setzen, daß sie, nur wenn der Zweck der Versammlung auch ihr wesentliches Ziel sei, und wenn sie dieses Ziel ehrlich und redlich zu erreichen strebe, — aber auch nur dann, — auf die kräftigste Unterstützung der National-Versammlung zu rechnen habe, während letztere entgegen-gesetzten Falles ihr entschieden gegenüber treten würde. —

Was dem ehrwürdigen Schön physisch unmöglich war, dazu war der, wohl nur wegen gänzlicher Unbekanntschaft der einzelnen Abgeordneten unter einander, leider zum ersten Präsidenten der Preussischen National-Versammlung erwählte Abgeordnete Carl August Milde, — wie der ehrenwerthe Vertreter des niederbarnimischen Kreises in der an den König gerichteten Botschaft vom 27. Mai 1848 sich nannte und unterzeichnete, während er bei den übrigen Mitgliedern des Bureau jede besondere Bezeichnung unterließ, *) — geistig vollkommen unfähig, selbst wenn er den Willen dazu gehabt hätte. — Diejenige, vorzugsweise aus Beamten bestehende Partei der Versammlung, welche, wie der, noch vor der Konstituierung derselben, in der aus der Bezwingung des Polizeistaates entsprungenen Preussischen National-Versammlung zu allererst **)

*) Conf. Die stenographischen Berichte über die Sitzungen vom 25. bis 29. Mai 1848.

*) Ibidem.

gestellte Antrag des ehemaligen Polizei-Präsidenten, Abgeordneten Abegg aus Kreuznach:

„die Polizei- und Justiz-Behörden möchten
 „zur Herstellung der Ruhe und Ordnung nach
 „den noch bestehenden alten Gesetzen ernst-
 „lichst angehalten werden“ —

deutlich beweist, die Frühlings-Sonne der kaum erstandenen jungen Freiheit nicht ertragen konnte, und trotz ihrer Verwahrung gegen diese Vermuthung der Reaktion dienstbar war; diese Partei benutzte die gänzliche Unfähigkeit des von ihr durchgesetzten, für jeden von der stets durch ihn in's Auge gefaßten Ministerbank ihm ertheilten Wink, empfänglichen Präsidenten vortrefflich, um unter Leitung des von der Natur mit unvergleichlichen Lungen und starken Füßen ausgerüsteten Revisionsrath Bauer aus Berlin, einen Chor von Trommlern und Schreibern zu organisiren, welche in Ermangelung anderer Talente mit diesen Naturanlagen gegen die Vernunftgründe ihrer auf der linken Seite des Saales sitzenden Gegner argumentirten. —

Die durch dieses Mittel erzielte Abwechselung in der Debatte stempelte den Total-Eindruck der ersten Sitzungen der National-Versammlung zu einem nichts weniger als ernstesten würdigen; — ein Umstand, welchen die Kamarilla und ihre Organe, die Preußen- und Patriotischen Vereine, zu vergleichen mit dem vereinigten Landtage, trefflich zu benutzen verstanden.

Im Innern der Versammlung hatte die Reaktion in Herren Reichensperger, Baumstark, Sydow, Bauer u. s. w.

ihre Vertreter gefunden; — sehen wir wie die Bemühungen dieser Herren mit den Unternehmungen der reaktionären Kamarilla außerhalb der National-Versammlung gleichen Schritt halten und in gegenseitiger Wechselwirkung einander unterstützen, das erwünschte Ziel zu erstreben. —

Die in den Provinzen, besonders in Pommern, Sachsen und in der Mark thätigen Agenten der Preußen- und Patriotischen Vereine schmiedeten Adressen, in welchen die Revolution vom 18. März als ein von Polen, Franzosen und Juden ausgeführter Straßen = Crawall dargestellt wurde, welchem die eigentliche Bevölkerung Berlins ganz fremd geblieben sei; und weil die im Kampfe Gefallenen, wie natürlich, vorzugsweise dem Handwerker- und Arbeiterstande angehörten, behaupteten jene Adressen, es habe sich nur der Pöbel bei dem Krawalle betheiligt, dieser terrorisire die gut gesinnten Bürger Berlins, und hätten die Provinzen daher nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich gegen Berlin zu erklären, — diese Herren vergaßen wohl absichtlich, daß auch die Armee, vom Unteroffizier abwärts, wesentlich aus den Schichten der Handwerker und Arbeiter besteht, und daß bei jeder Schlacht die Gefallenen, der überwiegenden Mehrzahl nach, gemeine Soldaten und nur äußerst wenige Offiziere sind. Betrachtet man, wie es thatsächlich leider der Fall ist, die jungen Edelleute als die privilegierten Inhaber der Offizierstellen, so findet man, daß auch dem Gros der hinter den Barikaden Berlins gefallenen Märzhelden die angemessene Zahl von Mitgliebern altadeliger Familien nicht fehlt. —

Es sind in der Nacht vom 18. zum 19. März etwa zweihundert Personen auf der Stelle todt geblieben oder in kürzester Frist gestorben, unter denen sich befanden:

1. Der Studiosus Herr v. Bojanowsky, Sohn des Generals und Königlichen Flügel-Adjutanten gleichen Namens;
2. Herr von Holzendorf, aus der bekannten sehr alten Familie gleichen Namens auf Zagow bei Breslau.
3. Herr Regierungs-Referendarius von Lensky, der älteste Sohn einer sehr alten Familie in Masuren;
4. Herr von Skoczynsky.

Es waren also eben so viele Offiziere getödtet, als hätten fallen können, wenn eine ganze Compagnie Soldaten, welche in ihrer größten Stärke nur 250 Mann und vier Offiziere zählt, bis auf den letzten Mann aufgerieben wäre. —

Ungeachtet dieser durch die veröffentlichte Namensliste der Gefallenen allbekannten Thatfachen, schimpften die Herren aus ihren Adelsstößen die Revolution und ihre Helden, welche der König — den sie ja stets ihren Herrn und Gebieter, dessen Wunsch sie ihren Befehl nennen — dadurch thatsächlich und feierlich anerkannt hatte, daß er vor ihren Leichen sein Haupt entblößte. —

Die Minister des Königs, welche lediglich aus der Revolution hervorgegangen waren, hatten nicht den Muth und

daher auch nicht die Kraft, dieselbe vor Beschimpfungen sicher zu stellen; daher war es von Berlin dem Volke vorbehalten, wie es durch die Revolution für das ganze Land die eisernen Ketten des Polizeistaates gesprengt hatte, so auch jetzt, Namens und im Interesse der großen Majorität des ganzen preussischen Volkes, die Ehre der für den Sieg des Rechtes und der Freiheit in den Tod Gegangenen gegen die Beschimpfungen einer für ihre eingebildeten, nur im Polizeistaate anerkannten Vorzüge, ängstlich besorgten Minorität durch eine That zu wahren. —

Am 4. Juni Mittags 2 Uhr bewegte sich ein feierlicher Zug aus verschiedenen Abtheilungen der Bürgerwehr, dem Studenten-, Künstler- und Handwerker-Corps, den sämtlichen Gewerken und Club's mit ihren Fahnen und Emblemen, — nach mäßiger Schätzung achtzig tausend Köpfe stark, — begleitet von etwa 150 Mitgliedern der National-Versammlung, nach dem Grabe der März-Helden im Friedrichs-Hain, um hier durch Reden und stille Andacht das Andenken derselben zu ehren. — Würdiger Ernst und lautlose Stille herrschte in dem ganzen zwei Stunden dauernden Zuge, welcher ungeachtet seiner verschiedenartigsten Elemente, unter denen ein starkes Corps der brotlosen Erdarbeiter und die fliegenden Buchhändler eben so wenig fehlten als der Linden-Club, — auch den Befangendsten zu dem Geständnisse zwang, daß Leute, welche durch eine erhabene Idee zu einem so hohen Grade der Selbstbeherrschung gehoben sind, daß sie, selbst darben, ohne ein Zeichen von Reib, ohne die Bitte

um eine Gabe durch die dichten Reihen reich gepugter Herren und Damen ziehen, mit diesen Arm an Arm Platz suchen, um den Festreden zu lauschen, daß diese Leute auch würdig sind einer freien volksthümlichen Staats-Versassung und reif für deren Basis, für eine Gemeinde-Ordnung, in welcher die unbedingte Selbstregierung zu Recht besteht. —

Dieser Trauer-Fest-Zug, bei welchem die eben erst aus den Provinzen gekommenen Abgeordneten zum ersten Male Gelegenheit fanden, sich mit eigenen Augen zu überzeugen, wie die dort verbreiteten Gerüchte, „nur Juden, Polen und Franzosen freuten sich der Revolution,“ offenbare Lügen seien; wie gegentheils die überwiegende Majorität der Bevölkerung Berlins mit der Revolution und den aus ihr abzuleitenden Konsequenzen vollkommen einverstanden; wie diese Majorität die Anerkennung derselben als eine heilige Pflicht, sich selbst aber als eine Ehrenwächterin der gefallenen Helden betrachte. — Dieser Zug machte auf alle, einer großen Idee irgend fähigen Abgeordneten, einen mächtigen erhabenen Eindruck. —

Wie dieser imposante Eindruck sich auch bis in die sogenannten höchsten Schichten der Gesellschaft Bahn brach, erhellt aus Folgendem:

Ein Offizier, welcher sich in der unmittelbaren Nähe beider Majestäten bewegt, und sich Allerhöchstherrn offenbaren Ohres erfreute; ein Offizier, dessen außergewöhnliche Fähigkeiten bei Hofe allgemein anerkannt sind und der vielleicht eben deshalb den Prinzen und der Mehrzahl des

hohen Adels und der Offiziere seit langer Zeit mißliebig war, schrieb damals an einen Freund, dem er seine Ansicht über die mögliche Umgestaltung der Berliner Bürgerwehr und Einrichtung zeitgemäßer Schutzmannschaft mittheilte: „eine ihrer Aufgaben würde sein, Wiederherstellung der Ordnung bei geringeren Störungen derselben durch Erinnerung an das Gesetz.“ —

„Diese Aufgabe ist bei einer Bevölkerung, welche auf „einen Standpunkt gekommen, wie der Berliner sich an „dem Tage des Zuges nach dem Friedrichshain gezeigt „hat, außerordentlich leicht; wenn 120,000 Menschen „sechs Stunden lang beisammen sein können, erregt und „bewegt von den größten Gedanken und den tiefsten aufregendsten Gefühlen, ohne daß auch nur selbst bei dem „dringendsten Wunsche aller, möglichst einen Platz zu erhalten, wo die alles Interesse in Anspruch nehmenden „Reden gehört werden können, ohne daß nur die leiseste „Spur von Unordnung vorkommt, so bedarf es gewiß, „wenn doch einmal eine solche vorkommen sollte, nur eines „vernünftigen ruhigen Wortes, um die, welche sich ver- „gessen, auf die Bahn der Ordnung und des Rechts zu- „rück zu führen. — Es bedarf in solchen Fällen nie der „Waffen, solche zu zeigen, führt aber immer auf den Ge- „danken, daß sie gebraucht werden sollen; es ist aber eines „freien den Gesetzen mit Kopf und Herz ergebenden Volkes „eben so unwürdig, immer gleich mit Waffen bedroht zu „werden, als wenn in der Kinderzucht stets mit Ruthe „und Stock gedroht würde. — — In Fällen, wie bei den „Kagennusiken und den Versammlungen der unbeschäftigten

„Arbeiter, welche Beschäftigung von den Ministern fordern, hatten unbewaffnete Bürger, welche zur Ruhe ermahnt, nicht nur ausgereicht, sondern hatten gewiß ein besseres Resultat erreicht, als durch das Erscheinen bewaffneter Macht erreicht worden ist.“ —

Eingedenk ihres alten Grundsatzes: *divide et impera*, benutzten die Organe der Kamarilla diesen Festzug, um die erste entschiedene Spaltung zwischen Berlin und den Provinzen hervorzurufen. — Dieselben Städte und Gemeinden, welche im März und April nicht nur Beifallsadressen mit unzähligen Unterschriften nach Berlin schickten, dieselben, welche zur Unterstützung der Witwen und Waisen der Gefallenen, zur Pensionirung der Verwundeten namhafte Summen einsendeten, schütteten jetzt, aufgehetzt durch die Kamarilla, ihren Unmuth in Adressen darüber aus, daß die Berliner die von jenen verläugnete Revolution gefeiert hätten. — Dieser Unwille fand bald ein ganz bestimmtes Ziel. — Das Kommando der Berliner Bürgerwehr war aus den Händen des General v. Aschhoff, interimistisch, auf den Major Bleffon übergegangen, welcher bis jetzt das seiner reaktionären Tendenzen wegen bekannte 8. Bataillon befehligt hatte.

Herr Bleffon, der Sohn eines französischen Mundfuchs des verstorbenen Königs, war früher Ingenieur-Offizier, nahm bald nach dem sogenannten Freiheitskriege seinen Abschied und lebt in Berlin als Rentier, schriftstellerisch im Interesse des christlich germanischen Staats für die Landwehr und verschiedene religiös-gesellige Zwecke, ist Mitglied

des Preußen- und Patriotischen Vereins, und in allen diesen Angelegenheiten nicht ohne Talent und anerkennungs-
werthen Eifer. — ex soc. Jesu. —

Auch Herrn Bleffons erstes öffentliches Auftreten als Kommandeur der Bürgerwehr war schriftstellerischer Natur, derselbe erklärte in einem Plakate vom 21. Juni irrthümlich, „das Zeughaus sei mit Zustimmung der Bürgerwehr besetzt worden,“ und wurde deshalb noch an demselben Tage von der Bürgerwehr in einer Gegenerklärung eines Besseren belehrt; — ferner verbot Herr Bleffon durch Plakat der durch die Revolution ins Leben gerufenen Bürgerwehr, sich als solche am 4. bei dem Festzuge nach dem Friedrichshain zu betheiligen, gestattete aber väterlich, daß einzelne Bürgerwehrmänner mitgehen dürften; — die Bürgerwehr folgte in ganzen Bataillonen, und nun hatte die Kamarilla, Dank dem Major Bleffon, einen Grund, das bis jetzt noch unangefochtene Institut der Bürgerwehr als ein ungehorsames darzustellen, welches gar keine Garantie leiste, die National-Versammlung nicht schützen könne, und nur republikanischen Zwecken hulldige, weshalb die National-Versammlung auch eigentlich aus Berlin verlegt werden müsse. *) —

Diese Beschuldigungen waren so arg, daß selbst der Magistrat von Berlin, welcher bis dahin so gut wie gar nichts hatte von sich hören lassen, daß der Magistrat von Berlin, von welchem Niemand wird behaupten wollen,

*) Ueber alles Vorstehende conf. Hoff. 3tg. vom 1. bis 6. Juni 1848 und die Plakate vom 2. und 4. Juni 1848.

er eile der Zeit voraus und huldige Tendenzen, welche nur irgend wie freisinnige genannt werden können, daß selbst der Magistrat von Berlin sich ein Herz faßte, und in einer Bekanntmachung vom 4. Juni feierlich und der Wahrheit gemäß erklärte, „die Bevölkerung von Berlin habe einen gesunden Sinn und es sei die öffentliche Ordnung nirgend gefährdet worden. — Wegen des interessanten, künftighin nothwendigen Vergleichs dieser Bekanntmachung mit den veröffentlichten Schriftstücken desselben Magistrats aus dem Monat November 1848 folgt dieselbe hier wortgetreu:

Bekanntmachung.

Es sind vielseitig in den Provinzen theils völlig unwahre, theils übertriebene Gerüchte über den Zustand der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Berlin verbreitet worden, auf deren Grund manche Gewerbetreibende und andere Personen dem Vernehmen nach Bedenken tragen sollen, sich in der jetzigen Zeit nach der Hauptstadt zu begeben. Wir finden uns dadurch veranlaßt, unsern Mitbürgern in den Provinzen die beruhigende Versicherung zu geben, daß die Sicherheit der Person und des Eigenthums in der hiesigen Stadt durchaus nicht gefährdet ist. Zwar macht sich die lebendige Theilnahme unserer Bevölkerung an dem großen Entwicklungs-Prozesse, in welchem sich gegenwärtig das staatliche und gesellschaftliche Leben des Preussischen und Deutschen Volkes befindet, auch in dem öffentlichen Treiben der Stadt, in Gestaltungen sichtbar, an die wir

bisher nicht gewöhnt waren. Ja wir haben sogar manche Kundgebungen politischer Ansichten und Forderungen zu beklagen gehabt, die mindestens in ihrer Form in keiner Weise zu entschuldigen sind. Indessen hat der gesunde Sinn unserer Bevölkerung dergleichen Ungehörigkeiten sehr bald als solche erkannt und beseitigt. Niemals aber hat das erwachte Gefühl der gleichen Berechtigung aller Menschen und aller Staatsgenossen auf Freiheit, Schutz und Ehre, und die mit diesem Gefühle verbundene geistige Erhebung aller Klassen unserer Einwohnerschaft es geduldet, daß die Sicherheit der Person und des Eigenthums und die zu deren Schutz erforderliche öffentliche Ordnung irgend wie gefährdet werde. Indem wir uns gedrungen fühlen, dies der Wahrheit gemäß und zur Wahrung der Ehre der Hauptstadt zur Kenntniß unserer Mitbürger in den Provinzen zu bringen, bemerken wir noch insbesondere, daß wir alle Veranstaltungen getroffen haben, um die ordnungsmäßige Abhaltung des in diesem Monate hier stattfindenden Wochenmarkts und namentlich die öffentliche Ordnung auf den Marktplätzen auf das vollkommenste sicher zu stellen.

Berlin, den 6. Juni 1848.

Der Magistrat.

Der Abgeordnete Berends für Berlin nahm aus allen vorstehend ange deuteten Beschimpfungen der Revolution Veranlassung, in der National-Versammlung den Antrag zu stellen:

„Die hohe Versammlung wolle in Anerkennung

der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl um's Vaterland verdient gemacht haben. —

Dieser Antrag wurde gestellt in der auch noch anderweitig historisch merkwürdigen Sitzung vom 8. Juni, — deren nähere Beleuchtung nothwendig erscheint. —

In dem am 12. Mai veröffentlichten Schreiben des Ministers Camphausen an den König vom 10. Mai heißt es wörtlich: *)

„Für den Zeitpunkt nun, wo die Vereinbarung der Staats-Verfassung zu Stande gekommen sein wird, erachten wir es für unerläßlich, daß Sr. Königl. Hoheit, als der Nächste am Throne, zu deren feierlichen Anerkennung anwesend sei. Aber auch während ihrer Berathung durch die Versammlung ist es erforderlich, jedem Zweifel, jeder Deutung zu begegnen, wozu die Abwesenheit Sr. Königl. Hoheit Veranlassung geben könnte, — es ist nöthig, daß die Versammlung ihre Berathungen mit der vollen Gewißheit beginne und fortsetze, in Ew. Majestät erstem Unterthan einen Mitbürger der Rechte zu finden, welche Ew. Majestät der Volksvertretung einzuräumen entschlossen sind; es ist nöthig, daß die in ihre Heimath zurückkehrenden Abgeordneten in dem ganzen Lande Zeugniß von

*) Conf. Boff. Stg. vom 12. Mai 1848.

den Gesinnungen ablegen, welche klar zu erkennen ihnen die Gelegenheit nicht fehlen wird.“ — —

Die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, welche, als sie bekannt wurde, vielfachen Unwillen gegen das Ministerium hervorrief, hatte letzteres vorzüglich dadurch motivirt, daß dessen Anwesenheit bei Berathung der Verfassung zum Wohle des Landes nothwendig sei. — Laut Kabinetts-Ordre vom 11. Mai waren die beiden Adjutanten des Prinzen, denen das Volk die Befestigung Volks- und Freiheitsfeindlicher Grundsätze bei demselben vorzugsweise Schuld gab, der Graf von Königsmark und der Bremer Patrizier-Major Delrichs, aus der Stellung ausgeschieden und der bürgerliche Major Laue zum Adjutanten des Prinzen ernannt.*) Der Prinz war am 6. eingetroffen; einer von den Garde-Offizieren beabsichtigte Illumination wurde von dem Kommandanten und dem Magistrate von Potsdam untersagt. Dessenungeachtet illuminirten die Offiziere und riefen dadurch einen Straßen-Scandal hervor, bei welchem mehrere Fenster eingeworfen wurden; — die Herren Garde-Offiziere zeigten, daß die Disciplin nur bis zu dem Punkte für sie bestehe, wo sie mit ihren Wünschen nicht in Widerspruch geräth. — (Conf. Boffische Zeitung vom 10. Juni 1848.) —

*) Der Graf Pückler blieb aber Hofmarschall, der Premier-Lieutenant Graf Goltz von den Kürassieren und Hauptmann von Boyen, mit dem Aristobureaukraten-System innig verwachsen, blieben nach wie vor die eigentliche Umgebung des Prinzen.

Nach unverbürgten Nachrichten war der Prinz von der Prinzessin von Preußen in Magdeburg empfangen, am 6. Juni in Potsdam angelangt und wurde schon am 7. in der National-Versammlung erwartet. — Die Wahl des Prinzen zum Abgeordneten des Wirßiger Kreises war durchgesetzt. — Die am 7. dem Sterbetage Friedrich Wilhelm III. in Charlottenburg gehaltene Todtenfeier verhin- derte des Prinzen Erscheinen und führte ihn, ehe er nach Berlin kam, zu der in Charlottenburg stehenden Garde du Corps, deren Empfang Se. Königliche Hoheit aufs freudigste bewegte. —

Wenn gleich der Tag, an welchem der Prinz zum ersten Male in der National-Versammlung erscheinen werde, nicht genau feststand, so glaubte man, daß derselbe von diesem Tage an in Berlin residiren werde, man wußte ganz genau, daß die Minister es für nothwendig erklärt hatten, daß der Prinz in der National-Versammlung im Civil-Anzuge erscheine und dieß von ihm fest zugesagt sei, daß er sich auch bereit erklärt habe, eine ihm vom Minister Camphausen in extenso unterbreitete versöhnliche, anerkennende Antritts-Rede zu halten; die Minister hofften durch das entschieden konstitutionelle Auftreten des Prinzen die bei Vielen gegen ihn vorherrschende Mißstimmung zu verschrecken, dem Prinzen erwünschte Gelegenheit zu geben, die verlorene Popularität wieder zu gewinnen, und durch seinen Aufenthalt in Berlin ihn zum Mittelpunkt und Repräsentanten der vom Könige, als die für Preußen allein Heilbringend erklärten, wahrhaft konstitutionellen Prinzipien zu machen. —

Erfüllt von diesen Hoffnungen für das Land und für den Prinzen, beantwortete Camphausen in der Sitzung vom 6. Juni die Interpellation des Abgeordneten Hartmann „über die Gründe, welche den Prinzen von Preußen vom Vaterlande fern gehalten haben,“ mit edler hochherzoglicher Offenheit, und erklärte zum Schluß:

„Wir haben uns als Schild vor die Dynastie gestellt und alle Gefahren und Angriffe auf uns geleitet. Wir haben es verschmäht, vor ihnen zu erscheinen mit einer unausgesprochenen Meinung, mit dem bequemen Vorbehalt, uns je nach den Umständen, entweder der einen oder der anderen Meinung anzuschließen. Ihrem Urtheile bieten wir uns dar. Allein, meine Herren, ich spreche dies nicht aus mit herausforderndem Stolge, sondern mit der Demuth, die aus dem Bewußtsein entspringt, daß die hohe Aufgabe, die ihnen und uns gestellt ist, nur gelöst werden kann, wenn der Geist der Milde, der Versöhnung sich auch auf diese Versammlung herabsenkt, wenn wir neben Ihrer Gerechtigkeit auch Ihre Nachsicht finden.“ — —

Rauschender Beifall von allen Seiten folgte dieser Rede. Jedes Herz fühlte sich erleichtert, Alle glaubten nach der Versöhnung mit dem Prinzen in dessen Person die Bürgschaft für die friedliche Entwicklung der politischen Zukunft des Vaterlandes zu erkennen: —

Unter diesen Eindrücken begann die Preussische National-Versammlung ihre Sitzung vom 8. Juni 1848. Alle

Tribünen waren dicht gefüllt, und man bemerkte auf denselben eine neue Erscheinung, viele Flügel-Adjutanten, den Hofmarschall und die Adjutanten des Prinzen. — Etwa eine halbe Stunde nach Eröffnung der Sitzung, während der Abgeordnete Temme mitten in einer Rede über die Geschäfts-Ordnung auf der Rednerbühne stand, trat durch den Eingang für die Mitglieder der Rechten der Prinz von Preußen in Generals-Uniform, den Degen an der Seite, den Federhut in der Hand, in den Saal; hinter ihm der Minister Graf Schwerin und der Minister-Versweser Herr von Patow, (welcher auf dem Potsdamer Bahnhofe eine längere Unterredung unter vier Augen mit dem Prinzen gehabt hatte.)

Der Prinz ging augenscheinlich langsam und leise, um den Redner nicht zu stören, und nahm an der vordersten Reihe der rechten Seite Platz; nichts desto weniger erhoben sich einige Herren der Rechten von ihren Plätzen, was, wie jede Störung, ein Fischen der übrigen Abgeordneten zur Folge hatte. —

Wäre der Prinz kurz vor Eröffnung der Sitzung oder während einer Pause angemeldet erschienen, so wäre die Hochachtungs-Bezeigung durch allgemeines Aufstehen, besonders nach der Camphausenschen Rede, wohl vom ganzen Hause freudig erfolgt; unter den obwaltenden Umständen begingen die Herren von der Rechten eine Taktlosigkeit, welche gerade von dieser Seite unglaublich schien, und dem Prinzen selbst widerlich sein mußte.

Camphausen und Bornemann erblickten wegen der

Ueberraschung durch des Prinzen Uniform und wechselten Blicke banger Ahnung.

Nachdem der Abgeordnete Lemme die Rednerbühne verlassen, ertheilte der Präsident C. A. Milde dem Abgeordneten des Wirfiger Kreises, in welcher Eigenschaft der Prinz allein in der National-Versammlung zu erscheinen ein Recht hatte, — das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Der Abgeordnete bestieg, — eine Erscheinung, welche wohl noch nicht da gewesen, — den Degen an der Seite, den Federhut in der Hand, die Rednerbühne und hielt mit heller wohlklingender Stimme und mit königlichem Anstande eine Ansprache, welche mit einer Kron-Rede mancherlei Aehnlichkeit hatte, und schloß mit den Worten:

„Mit Gott für König und Vaterland!“ —

welche seit zwei Monaten allgemein als Bezeichnung des reaktionären Preußen-Vereins dienten, und verließ augenblicklich den Saal. — Die merkwürdige Rede lautet:

Als Abgeordneter für den Wirfiger Kreis, vermöge der auf mich gefallenen Wahl, bin ich berechtigt, in Ihrer Mitte zu erscheinen. Ich würde bereits gestern hierher geeilt sein, wenn es nicht der Jahrestag unauslöschlicher Trauer gewesen wäre, der mich im Schlosse meiner Familie zurückgehalten hätte; heute aber ergreife ich die Gelegenheit, um zuvörderst meinen Dank für das Vertrauen auszusprechen, welches mich in Ihre Mitte berief und wodurch mir es möglich wird, Sie meine Herren,

welche aus allen Provinzen des Landes und allen Ständen hier versammelt sind, herzlich willkommen zu heißen. Nicht nur die Blicke Preußens, die Blicke der Welt sind auf unsere Versammlung gerichtet, da durch sie eine Vereinbarung mit unserem Könige herbeigeführt werden soll, welche für lange Zeit die Schicksale Preußens und seiner Könige feststellen soll. Welch ein hoher Beruf! — Je heiliger dieser Beruf, je heiliger muß der Geist und die Gesinnung sein, welche unsere Verathungen leiten. Die konstitutionelle Monarchie ist die Regierungsform, welche unser König zu gehen uns vorgezeichnet hat; ich werde ihr mit der Treue und Gewissenhaftigkeit meine Kräfte weihen, wie das Vaterland sie von meinem ihm offen vorliegenden Charakter zu erwarten berechtigt ist. Dies ist die Pflicht eines Vaterlandsfreundes, vor allem also die meine, als des ersten Unterthans des Königs. So stehe ich jetzt wieder in Ihrer Mitte, um mitzuwirken, daß die Aufgabe, welche uns gestellt, zu einem gedeihlichen Ziele führe. Möge die Gesinnung, welche ich ausgesprochen habe, von uns allen getheilt und festgehalten werden, dann wird unser Werk gelingen und zum Wohle und Heil unseres geliebten Vaterlandes gereichen. Möge mein Erscheinen unter Ihnen in dieser Beziehung ein günstiges sein, mögen wir vereint die Thätigkeit entwickeln, welche von uns erwartet und gehofft wird. — Meine übrigen Geschäfte werden mir nicht er-

lauben, regelmäßig an Ihren Sitzungen Theil zu nehmen, ich ersuche daher den Herrn Präsidenten, meinen Stellvertreter einberufen zu lassen. Uns Alle aber, meine Herren, leite der Ruf und Wahlspruch der Preußen, der sich so oft bewährt hat:

Mit Gott für König und Vaterland!

Abgesehen davon, daß der Inhalt dieser Ansprache von derjenigen, welche Camphausen für nothwendig gehalten, und welche ihm noch am Abende vorher zugesagt war, sich eben so unterschied, wie die mit Degen und Federhut versehene General-Uniform mit dem erwarteten Civil-Anzuge, so bewiesen die Worte: „Meine übrigen Geschäfte werden mir nicht erlauben, regelmäßig an Ihren Sitzungen Theil zu nehmen, ich ersuche daher den Herrn Präsidenten, meinen Stellvertreter einberufen zu lassen,“ daß der Grund, aus welchem der Minister-Präsident die Rückkehr des Prinzen für nothwendig gehalten hatte, mit welchem allein er die vielen Anfeindungen wegen dieser Rückberufung einigermaßen hätte zurückweisen können, von dem Prinzen nicht anerkannt wurde; — der Minister Camphausen wurde dadurch compromittirt. —

Die Frage, welche Geschäfte, in einer Zeit, wo die Verfassung des Vaterlandes von den Vertretern aller Landestheile berathen wurde, berathen unter der gespanntesten Theilnahme des ganzen Volkes, dem Prinzen von Preußen nicht erlaubten, an diesen wichtigen Berathungen Theil zu nehmen, welche Gründe den Prinzen, obgleich

er die auf ihn gefallene Wahl angenommen hatte, veranlaßten, sich durch das Wort: „Ihre Verathungen“ als nicht zur Versammlung gehörig, zu bezeichnen, was für Ursachen ihn endlich vermochten, durch die sofortige Einberufung seines Stellvertreters die Rückkehr in die Nationalversammlung sich für immer abzuschneiden, diese Frage wußte Niemand zu beantworten. —

Die letzten sechs Worte, welche der Abgeordnete von Witzspach gesprochen, stellten ihn in den Augen, und zum Leidwesen aller derjenigen, welche eine friedliche Durchführung der königlichen Verheißungen zur Begründung von Preußens Wohlfahrt für unerläßlich hielten, und zur größten Freude der reaktionären Kamarilla, entschieden auf die Seite der Preußen- und Patriotischen Vereine, und ermuthigten diese und ihre Gesinnungsgenossen in der Armee und in der Bureaukratie zu neuer kühner Thätigkeit. —

Als der Prinz am Ausgange der Dorotheenstraße den Wagen bestieg, um sogleich wieder nach Potsdam zu eilen, befanden sich etwa 400 Personen an Ort und Stelle. Einzelne fingen an „Hurrah!“ zu rufen, deshalb zischten und pfften die übrigen; einer von diesen erhielt alsbald rücklings einen Schlag von Jemand, in dem man bald den Anstifter des „Hurrah!“ den zur Dienstleistung bei der königlichen Kronen-Garde kommandirten Premier-Lieutenant im Kaiser-Franz-Regiment Grafen von Schlabachowski (*), welcher sich der von ihm heraufbeschworenen

*) Man sieht hieraus, wer die sogenannten Böbel-Excesse veranlaßte.

Volks-Justiz nur durch schleunigste Flucht nach dem königlichen Schlosse entzog, woselbst die Bürgerwehr ihm gegen seine Verfolger Schutz gewährte. — Graf Schla..... flüchtete an demselben Tage nach Potsdam und ist erst am 10. November unter Wrangels Geleit nach Berlin zurückgekehrt. —

Außerhalb und innerhalb des Sitzungs-Saales konnte der Prinz von Preußen mit Recht sagen: „bewahre mich vor meinen Freunden!“ —

Der Prinz hatte die im Interesse der Landes-Wohlfahrt auf ihn gesetzten Hoffnungen des Ministerium Camphausen, durch sein Erscheinen, seine Rede und durch sein Verschwinden aus Berlin mit einem Schlage zertrümmert; — die Minister Camphausen und Bornemann waren durch das, was sie an diesem Vormittage erfahren, so angegriffen, daß besonders letzterer unter unumwundener Erklärung über den Grund seiner Schwäche bei der Rückkehr nach Hause die Unterstützung eines jüngeren Freundes in Anspruch nahm. —

Die reaktionären Wähler hatten eine erwünschte Veranlassung, um die bisher verschonte National-Versammlung zu schwächen und zu beschimpfen, weil dieselbe dem Prinzen von Preußen die schuldige Hochachtung nicht gezollt, ihn beleidigt habe; ein Mittel, das geschickt angewendet wurde, und besonders auf den weniger einsichtsvollen Landmann und bei der Armee seine Wirkung nicht verfehlt hat.

Nachdem der Abgeordnete des Wirtzher Kreises den

Saal verlassen hatte, wurde die durch seine persönliche Bemerkung unterbrochene Debatte wieder aufgenommen, und es betrat bald darauf der Abgeordnete Berends die Rednerbühne zur Begründung seines bereits erwähnten Antrages. —

Zu Anfang der Discussion erklärt der Minister-Präsident Camphausen, was er früher bereits indirect gethan, in einer längeren Rede, daß er eine im März stattgehabte Revolution nicht anerkenne, sondern lediglich eine Reihe mit dem Patent vom 18. März beginnender, folgenreicher wichtiger Ereignisse. *) —

Als jetzt der Abgeordnete Johann Jacoby zum ersten Male die Rednerbühne betritt, und unter lautloser Stille der Versammlung in meisterhafter Klarheit das Prinzip entwickelt, um welches es sich handelt, und die Nothwendigkeit seiner Anerkennung auseinandersetzt; — als er durch die Erinnerung an die Worte des Präsidenten der deutschen Reichs-Versammlung H. v. Gagern:

„Beruf und Vollmacht dieser Versammlung beruht auf dem Grundsatz der Volkssouveränität,“ **)

die Versammlung augenscheinlich günstig für den Berendschen Antrag stimmt; — in diesem Augenblicke, wo durch Anerkennung der stattgehabten Revolution allein eine gesunde Basis für die Neugestaltung der preussischen Verhältnisse gewonnen werden konnte, ohne welche der Friede

*) Stenographischer Bericht.

**) Was Herr v. Gagern leider auch längst vergessen hat.

und die Wohlfahrt des Vaterlandes nicht wiederkehren kann; — in diesem Augenblicke erkannte der speculative David Hansemann klar, daß hier das Wohl des Vaterlandes dem Bestehen des Ministeriums gegenüberstehe, daß die politische Krisis für Preußen beendet werden und die Transactionen aufhören sollten, und daß die letzteren nur durch Temporisiren gesichert werden könnten; — daher trug der Minister Hansemann, „weil weder der Minister, „Präsident, noch er, noch die anderen Mitglieder des Ministerii in gewisser Beziehung gegen das Wesen der Sache „keine Einwendung zu machen habe und es sich nur um „die Wahl des Ausdrucks handele, auf Vertagung „der Debatte“ an, damit das Ministerium die „Frage unter sich berathen könnte. — — Die National-Versammlung, welche ihrer Mehrzahl nach das Ministerium noch für wichtiger und nothwendiger hielt, als die Beendigung der politischen Krisis, ging nicht nur wegen dieses Scheingrundes auf die Vertagung, sondern auch darauf ein, daß die Debatte heute noch fortgeführt, ein Beschluß aber nicht gefaßt werde. — Alle an diesem Tage, auch die erst nach dem Hansemannschen Antrage gestellten Amendements, selbst das des Herrn von Borries (entschieden rechts) erkannten noch die Revolution an; — — wie anders am 9. Juni, wo die Debatte wieder aufgenommen wurde?! — —

Die Mitglieder der Rechten beriethen unter Leitung von Hansemann und v. Auerswald bis spät in die Nacht hinein über ihren Operationsplan, und am 9. beantragte der Abgeordnete Zachariä aus Stettin, „die Versammlung

„geht, in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der März-
 „Ereignisse, denen wir in Verbindung mit der königlichen
 „Zustimmung den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand ver-
 „danken, auch das Verdienst der Kämpfer um dieselben unbe-
 „stritten ist, und überdies die Versammlung ihre Aufgabe nicht
 „darin erkennt, Urtheile abzugeben, sondern die Verfassung
 „mit der Krone zu vereinbaren, zur Tagesordnung über.

— Die Abgeordneten Sydow, Jonas, Reichensperger, Nidel und von Daniels, zur äußersten Rechten gehörig, eiferten in langen Reden gegen die Anerkennung der Revolution und für die Zachariäische Tagesordnung; — das Ministerium aber, welches die Vertagung der Debatte angeblich nur deshalb verlangt hatte, um diese Frage, deren Entscheidung von höchster Wichtigkeit, unter sich zu berathen, rechnete heute so sicher auf die Discussion der Rechten, daß es keine Silbe über das Resultat seiner Berathung mittheilte, und sich auch über den Gegenstand der Debatte gar nicht aussprach; — der Minister Hansemann erging sich in einer an Gemeinplätzen und Phrasen reichen Rede, welche den Berendtschen Antrag kaum berührt, sich ihrer schlauen Inhaltslosigkeit wegen aber auszeichnet. *) Das

*) Die Rede lautet pag. 167 der stenographischen Berichte: Meine Herren! Ich will nur auf ein Motiv aufmerksam machen, was gegen die motivirte Tagesordnung angeführt ist. —

Man hat gesagt, es sei der Würde der Versammlung nicht angemessen, wenn ihr die Frage vorgelegt sei, über das Prinzip der Revolution sich auszusprechen, mittelst der motivirten Tagesordnung den Ausdruck zu umgehen. M. G., ich bin gerade entgegengelegter Ansicht; ich habe die Ueberzeugung, daß die Versammlung einen würdigen Act begeht, wenn sie sich nicht in die

Corps der Trommler gab bei dieser Gelegenheit seine ersten Vorstellungen, indem es die Abgeordneten Jacoby und d'Ester nicht zu Worte kommen ließ. — Damit man genau wisse, wer gegen den Wunsch des Ministerii gestimmt habe, wurde heute zum ersten Male die namentliche

kategorische Entscheidung der ihr vorgelegten Frage einklärt. Die hier stattgefundenen Debatten haben gewiß zur Genüge gezeigt, daß das Eingehen in die Frage, vielmehr denn die Entscheidung darüber, ein in das Land geworfener Bankapfel sein würde. Haben wir denn so viel Ueberfluß an innerer Kraft und an Harmonie der verschiedenen Staats-Gewalten? Haben wir, frage ich Sie, Muße genug, uns in solche Prinzipien-Kämpfe einzulassen? Haben wir nicht Gelegenheit genug, bei den uns vorliegenden Gesetz-Anträgen uns über Prinzipien auszusprechen? Bedenken Sie, meine Herren, in welchem Zustande wir uns befinden: überall Mangel, Elend bei den arbeitenden Klassen!

Ein verehrtes Mitglied hat uns gestern gesagt, wie 4000 brotlose Arbeiter hier sind. Meine Herren, das ist nicht nur hier; ich habe in meinem Amte Gelegenheit gehabt, zu erfahren, daß nicht blos überall in den Fabrikgegenden, sondern selbst in Ackerbau treibenden Gegenden große Noth herrsche. Was ist denn die Ursache dieser allgemeinen Noth? Ich glaube, meine Herren, Keiner wird zweifelhaft darüber sein, worin sie besteht. Ein jeder trägt mehr oder weniger bewußt das Gefühl in sich, daß so lange unsere staatsrechtlichen Zustände nicht geordnet sind, noch keine Gewißheit für etwas Bestimmtes gegeben ist. Diese Besorgniß ist es, die überall herrscht, und darin liegt die Ursache des überall mangelnden Vertrauens, und in diesem mangelnden Vertrauen liegt die Ursache des Elends, so wie des Mißtrauens auf die Zukunft. Unter diesen Umständen nun, meine Herren, Zwietracht ins Land zu bringen, ich halte es, ich sage es geradezu, nicht für einen würdigen Act der Versammlung. Ich beschwöre Sie, meine Herren, die Eintracht, die Versöhnung unter allen Klassen zu fördern; ich beschwöre Sie, daß Sie auch die Eintracht zwischen Volk und Heer — denn Heer ist auch Volk — fördern. Bedenken Sie, daß das Heer das Volk ist, daß auf dem Heere unsere Hoffnungen beruhen,

Abstimmung verlangt, — und die Zachariä'sche Tagesordnung mit 496 gegen 477 Stimmen angenommen. —

Bei genauer Prüfung der abgegebenen Stimmen ist man überrascht, den Namen des Oberpräsidenten Pinder neben Plath von der entschiedenen Linken, und den des Präsidenten C. A. Milde neben Mäke von der entschiedenen Linken in der Zahl derjenigen zu finden,**) welche

unsere Unabhängigkeit zu behaupten, zu bleiben, was Preußen, was Deutschland ist; bedenken Sie, in welchen schwierigen Verhältnissen Preußen und mit ihm ganz Deutschland sich befindet. Ich brauche Ihnen nicht besonders zu sagen, worin die schwierigen Verhältnisse liegen; der aufmerksame Zeitungsleser wird anerkennen, daß die Verhältnisse schwierig, sehr schwierig sind. In diesem Augenblicke nun eine Prinzipien-Erklärung abzugeben, durch welche nicht das Vertrauen gestärkt, sondern im Gegentheil eine Saat der Zwietracht ins Land gebracht wird, halte ich nicht für geeignet. Wer ist unter uns, der nicht anerkennt die große Bedeutung der Ereignisse, die hier stattgefunden? Wer ist unter uns, der nicht anerkennt die Verdienste derjenigen, die hier und anderswo für Freiheit und Herstellung eines Rechtszustandes gelitten oder geblutet haben? Deshalb, meine Herren, ich wiederhole es, versöhnen Sie die Parteien im Lande, nehmen Sie keine Frage auf, wodurch Sie die Gegner provoziren, denn das würde gewiß geschehen. Es würde eine Annahme des Antrages die traurigsten Folgen haben können. Ich schließe, indem ich Sie noch einmal darauf aufmerksam mache, daß für politische Versammlungen, wie wir eine sind, die erste Pflicht ist, daß sie die Geschäfte des Landes betreiben, daß sie nicht Prinzipien-Fragen vorbringen, wo das Vorbringen derselben für das ganze Land von größtem Nachtheil sein kann. Das ist die wahre Würde, daß wir stets die höchsten Interessen des Landes im Auge haben, daß wir bei jedem Antrage, den wir machen, berücksichtigen, ob er überhaupt oder dessen Vorbringen in der Lage des Landes schädlich sein könne. —

**) Conf. stenograph. Bericht vom 9. Juni,

gegen die Fraktion der Rechten, der beide Herren mit Leib und Seele angehörten, und gegen die Tagesordnung, also indirect für Anerkennung der Revolution gestimmt haben, während alle ihre Gesinnungsgenossen für die Zachariäische Tagesordnung stimmten; — dieses Räthsel löst sich leicht durch folgende Betrachtungen. —

Die in der Sitzung vom 8. durch den Minister Hansmann beantragte Vertagung hatte die Spannung über das Schicksal des Berendschen Antrages bei dem bis dahin gleichgültigen Publikum auf's Höchste gesteigert; in dem bei der Sing-Akademie gelegenen Kastanienwäldchen hatten sich hunderte von Neugierigen aus allen Schichten der Gesellschaft, (die Flügel-Adjutanten des Königs, Oberst v. W.....e und Major v. M.....l und mehrere andere Offiziere in Civil) eingefunden und harrten des Ausganges. In Folge mehrerer hier gehaltenen Reden wurde eine aus vier Personen bestehende Deputation an den Präsidenten der National-Versammlung geschickt, um Namens des Volkes die National-Versammlung zur Anerkennung der Revolution aufzufordern; — der Präsident empfing die Deputation in einem der Vorzimmer, worin sich zufällig auch Herr Pinder befand. — Beide Herren konnten aus der entschiedenen Sprache der Deputation entnehmen, wie das Volk über die Sache dachte, gleichzeitig aber auch einen Blick auf die im Kastanienwäldchen versammelten Massen werfen; — hierdurch fehlten beide Herren bei der namentlichen Abstimmung, erschienen aber gleich nachher, — als das Resultat nicht mehr zweifelhaft war —

und meldeten beim Schriftführer ihr Votum mit „Nein!“ an. — — Durch dieses Votum stellten sich für einen Augenblick beide ehrenwerthe Abgeordneten zu denjenigen, gegen welche das Volk nicht aufgebracht war. — — —

Schon ehe die Deputation von dem Herrn Präsidenten zurückkehrte, erschien ein Mann unter der Volksmasse, stieg auf einen Stein und rief: „Volk von Berlin! der Verordnungs-Antrag ist verworfen, die Rechte hat unsere Revolution nicht anerkannt, wir müssen dieselbe so vervollständigen, daß Niemand sie mehr wegläugnen kann, also „auf zum neuen Kampfe!“ — Der Studiosus Reich sprang auf die Schultern zweier Männer und warnte die Massen irgend etwas zu unternehmen, bevor diejenigen, welche das Volk in die Versammlung geschickt, die Mitglieder der Linken, demselben Mittheilungen gemacht und Rath erteilt haben würden; man begehe ein Verbrechen, wenn man, ohne diese Männer selbst gehört zu haben, einen Kampf beginne, der Alles in Frage stellen könne. — Diese Vorstellung wirkte; man beschloß, ruhig das Ende der Sitzung abzuwarten. —

Der Garten vor der Sing-Akademie, so wie das Gebäude selbst, war unter Kommando des Stadtrath Hauptmann Sägert mit Bürgerwehr besetzt, und befand sich Niemand darin, der nicht dahin gehörte; außerhalb dieses Rayon's hatten sich Gruppen gebildet, als ein Mann mit einem weiß gefütterten spanischen Mantel, den einen kürzeren Fuß unterstützt durch einen Knotenstock, auf dem mit langem Schnurr- und Knebelbart gezierten Kopfe

den Hut ein wenig schief, an die nächsten Gruppen herantrat mit den Worten: Wozu stehen Sie hier? worauf warten Sie denn?! — — Dieser herausfordernd gesprochenen Anrede folgte die Frage: Wer sind Sie?! und nun erklärte der allen unbekannte Mann: „ich bin der Minister von Arnim.“ — — Jetzt erst wußte das Volk, daß es von einem derjenigen angefahren sei, welche es für die Urheber der heutigen volksfeindlichen Abstimmung hält; der bis dahin unbekannte Minister provoziert also selbst die unverantwortliche abscheuliche Scene, *) bei welcher er unter Geschrei und Drohungen von einer Stelle zur anderen gedrängt, dann aber den auf den ersten Ruf herbeieilenden bewaffneten Studenten überlassen und von diesen nach der Universität in Sicherheit gebracht wurde. — — Fast eine halbe Stunde später trat der Abgeordnete Sydow unbemerkt aus dem kleinen Garten und ging in der Richtung nach dem Schwiebbogen durch das Wäldchen, konnte aber nicht unterlassen, höhnlächelnd ununterbrochen nach der sehr fern von seinem Wege stehenden Gruppe zu schauen; dies erregte Aufmerksamkeit, verdroß erst einzelnen, und zog endlich Herrn Sydow eine ähnliche Behandlung zu, wie sie Herr von Arnim erfahren hatte, wobei der Umstand eine nachtheilige Bedeutung gewann, daß die Mehrzahl sich der ausdrücklichen Versprechungen erinnerte, welche der Wahlkandidat Sydow dem Volke gemacht hatte, die mit dem heutigen Votum des Abgeord-

*) Conf. Voss. Zig. Nr. 133 vom 10. Juni 1848. Erklärung des Kaufmanns H. Schwabe, Spandauer Straße Nr. 15.

neten Sybow gegen die Anerkennung der Revolution im grellsten Widerspruche standen. Auch Herr Sybow wurde von den Studenten ohne allen Widerstand geschützt, während, merkwürdig genug, bei beiden nie zu entschuldigenden Brutalitäten sowohl die Bürgerwehr unter Herrn Sägert, als auch die auf der starkbesetzten Königswache sich mit der Rolle der Zuschauer begnügten, obwohl ein augenblickliches verständiges Einschreiten ihrer Seits dasselbe Resultat, wie das der bewaffneten Studenten gehabt haben würde. *) — Die von diesen Vorfällen benachrichtigten Berliner Abgeordneten Zacharias, Berends und Jung begaben sich sofort an Ort und Stelle, und es gelang ihnen, durch einige verständige Ansprachen die Massen zu beruhigen und zum Auseinandergehen zu bewegen.

Die eben beschriebenen Auftritte waren wesentlich Veranlassung zu derjenigen Adresse an die National-Versammlung, welche zu allererst darauf antrug:

1. Die hohe Versammlung möge zuerst über die Mittel berathen und beschließen, geeignet, dem Treiben derer ein Ziel zu setzen, welche vorzugsweise in der Hauptstadt das Volk zur Empörung und Verrath aufwiegeln, und dadurch die Anarchie und eine Pöbelherrschaft nähren, der wir es vor Allem zuschreiben, daß bis jetzt zur Begründung unserer

*) Die Pössische Zeitung beilegte sich, in der zweiten Beilage zu ihrer Nr. 136 vom 17. Juni 1848, eine durch die Sitzung vom 8. Juni hervorgerufene Adresse von 11, sage Gils Bürgern aus Perleberg zu verbreiten. —

staatlichen Zukunft auch nicht ein einziger erfolgreicher Schritt hat geschehen können.

2. Daß eine hohe Versammlung die dortige Stadt verlassen und ihre Verathung in einer andern treuen Stadt des Vaterlandes fortzusetzen sich veranlaßt sehen möge.
3. So bald als thunlich, an die Verathung des von Sr. Majestät durch das verantwortliche Staatsministerium vorgelegten Verfassungs-Entwurfs zu gehen. —

Diese drei Punkte spielen fortan in allen denjenigen Adressen eine Rolle, welche von den reaktionären Preußen-Vereinen ausgehend, aus verschiedenen Gegenden der Monarchie der unpartheiischen Tante Voss zugehen. —

Wenn es wunderbar erscheint, daß einige am 9. Juni in Berlin stattgehabten Brutalitäten bereits am 13. desselben Monats Veranlassung zu einem angeblich von vier Städten und zwei und vierzig ländlichen Ortschaften des Großherzogthums Posen berathenen Adresse wurde; wenn jeder Preuße freudig überrascht ist über die rege Theilnahme, welche die Ereignisse der Hauptstadt in den fernsten Punkten des Vaterlandes zu finden scheinen, so kann der aufmerksame Leser doch auch hier schon die weitverzweigte Thätigkeit und künstlich angelegten Pläne der reaktionären Kamarilla sicher herausfinden, ungeachtet sie hinter die leicht bethörte Unerfahrenheit des einfachen Landmannes sich wohl versteckt wähnt. —

Die angeführte in der zweiten Beilage zu No. 140

der Boffischen Zeitung vom 20. Juni enthaltene Adresse aus Rogasen vom 13. Juni zählt nämlich nur 18 Unterschriften, von denen 16 mehr oder weniger politisch urtheilslosen Männern niederer Klasse angehören; mitten unter diesen glänzen aber zwei Herren von Adel, nämlich der sehr ehrenfeste getreue Kreis-Landrath Herr v. Reichmeister, später stellvertretender Abgeordneter der National-Versammlung und Adjutant Harkorts in der Zeit nach dem 9. November, und zweitens Herr von Winterfeld, gegenwärtig vom patriotischen Preußen-Vereine als Abgeordneter zur zweiten Kammer durchgesezt. —

Berücksichtigt man, daß Herr Hansemann durch die Namens des Ministerii in den letzten Sitzungen abgegebenen Erklärungen sich und seine Collegen entschieden als Alliirte der Reaction darstellt, so muß man bewundernd anerkennen, wie die Kamarilla ihre Operations-Basis nach allen Richtungen hin erweitert hat. Man hatte durch einige vertraute adelige Gutsbesitzer, welche viel Einfluß in ganz kleinen Landstädten besaßen, zuerst mit wenigen Unterschriften versehene Adressen aus diesen absenden lassen, dann veranlaßte man durch Erregung von Eifersucht gegen die größeren Städte zu ähnlichen Schriften, bis endlich aus allen den Theilen des Landes, wo das Volk sich täuschen ließ, Proteste und Adressen in Masse gegen Berlin und die National-Versammlung abgefertigt wurden.

Die nächste Sitzung der National-Versammlung war des Pfingstfestes wegen auf den 14. Juni anberaumt.

Von mehreren Abgeordneten wurden die Vorfälle

vom 9. benutzt, um Gesetz-Vorschläge zum Schutze der Abgeordneten einzubringen, respektive das Ministerium zu Schutzmaßregeln aufzufordern. Der Minister des Innern, Herr v. Auerwald, erklärte auf diese Anträge, „daß seit „den Ereignissen des März der Schutze der Sicherheit der „Person sowohl als des Eigenthums, in soweit irgend ein „Einschreiten der Gewalt nöthig wäre, lediglich in die „Hände der Bürgerwehr gelegt sei u. u. — — — — —

„daß ein militärisches Einschreiten nur in dem Falle „eintreten dürfe, wenn dies auf Verlangen und „Ansuchen der Bürgerwehr selbst nöthig wird, wie es damals, als ein Theil des Militärs hier wieder einrückte, bestimmt wurde.“*) — Ein neuer Beweis, wie der Minister Eichmann schlecht unterrichtet und entschieden im Unrecht war, als er durch seine Proklamation vom 4. November 1848 sich und den königlichen Behörden das Recht vindicirte, das Militär beliebig einschreiten zu lassen, wodurch er das Ministerium Brandenburg mit zu den militärischen Gewalt-Maßregeln gegen die Preussische National-Versammlung ermuthigte. — Bemerkenswerth ist die Erklärung des Herrn v. Auerwald aber auch deshalb, weil noch an demselben Tage, an welchem er sie als maßgebend für das Verhalten des Ministeriums aufstellt, der Kommandant von Berlin gegen dieselbe verstößt, also beweist, daß er seine Anordnungen den Prinzipien des verantwortlichen Ministeriums nicht unterordnet, sondern nach Instruktionen

*) Stenographischer Bericht pag. 180.

handelt, welche dem Ministerium ihren Ursprung nicht verdanken. Am Vormittage des 11. Juni hatte ein Volks- haufen die an dem zum kleineren Hofe des Schlosses füh- renden Portale eingehängten eisernen Gitter gewaltsam auf- gehoben, in feierlichem Aufzuge nach der Universität gebracht und dort der Obhut des bewaffneten Studenten-Corps übergeben. — War schon hiedurch eine größere Erregung unter den stets empfänglichen Volksmassen hervorgerufen, so wurde diese wesentlich gesteigert durch Reden, welche einzelne Personen in sehr entfernten Stadttheilen zum Volke hielten, besonders hatte der Thierarzt Urban schon früh am Morgen in der Landsberger Straße einzelne Ar- beiter mit Schnaps regalirt und sie angefeuert, das ihnen durch die versprochene Volksbewaffnung zustehende Recht auf Waffen heute geltend zu machen. —

Das Verlangen nach Waffen war nämlich durch die bereits erwähnte seit Ende Mai vorgenommene Versen- dung von Gewehren aus dem Zeughause von neuem leb- haft rege geworden und bildete natürlich den Gegenstand der Berathung bei allen Volksversammlungen. — Das Kastanienwäldchen war heute durch die dort aufgestellte Bürgerwehr gesäubert, und die Abgeordneten konnten beim Schlusse der Sitzung, etwa um 4 Uhr, ohne alle Unbe- quemlichkeit den Saal verlassen. — Bald nachher feuerten einzelne unbekannte Personen das Volk an, heute, wo sie dem Zeughause so nahe seien, sich, wenn nicht anders, mit Gewalt Waffen zu verschaffen; diese Reden fanden Bei- fall, hatten aber doch nicht die Wirkung, (angesichts der vor dem Zeughause aufgestellten Bürgerwehr, von der

besonders das 9. Bataillon unter Major Heiß eine imponirende Haltung bewahrte, und angesichts der aus einer Kompagnie des 24. Infanterie-Regiments bestehenden Besatzung des Gebäudes), das Volk zu einem eigentlichen Angriffe zu vermögen. — Etwa um dieselbe Zeit erschien, geführt von einem Fahmenträger, ein Zug der unter dem Namen „Rehberger“ bekannten Arbeiter am Brandenburger Thore; die dortige Bürgerwehr-Wache verhinderte, einer früheren Anordnung gemäß, den Einzug mit der Fahne; hierüber entstand ein Handgemenge, in welchem zwar einige Bürgerwehr-Männer verwundet wurden, was aber mit der Verwundung und Arretirung des Führers und einiger anderer Rehberger, und mit Abnahme der Fahne endigte. — Gleichzeitig hatte eine von den beim Zeughause versammelten Massen, mit der Bitte um Austheilung von Waffen an den Kriegsminister Grafen Kanitz nach der Leipziger Straße entsendete Deputation Veranlassung gegeben, daß auch in der Leipziger Straße große Aufläufe entstanden, weshalb das dort liegende 11. Bürgerwehr-Bataillon alarmirt wurde und das Volk vor dem Kriegs-Ministerio zu verdrängen versuchte. — Alle diese Vorfälle hatten etwa um 5½ Uhr in der ganzen Friedrichsstadt eine bedeutende Aufregung hervorgerufen, die Straßen waren bei der günstigen Witterung mit Reugierigen bedeckt, die Bürgerwehr in den meisten Stadttheilen alarmirt, einzelne Volkshäufen durchzogen die Straßen; Alles deutete auf einen gefährlichen Abend; — da marschirte, erhaltenem Befehle gemäß, der Major Heiß (gegenwärtig interimistischer Kommandeur der Schußmann-

schaften) mit seinem Bataillon; welches bis jetzt die Massen am Zeughaufe energisch im Zaume gehalten hatte, aus dieser Position ab und dirigierte sich über den Opernplatz nach den Kriegsministerium, wo dasselbe verblieb. — Die beim Zeughaufe zurückbleibenden Bürgerwehr-Abtheilungen waren in den engen Nebenstraßen höchst unvortheilhaft aufgestellt; die Volksredner, unter denen Herr Urban wieder bemerkbar, erkannten dies augenblicklich, haranguirten das Volk von neuem; gewaltsam vorzudringen; es entstand ein Schieben und Drängen; die kleinen Abtheilungen Bürgerwehr befanden sich unter beisspiellos schlechter Führung dem Volke bald Brust an Brust gegenüber, einzelne Arbeiter versuchten, ihnen die Gewehre wegzureißen, jeden Augenblick glaubte man den Kampf losbrechen zu sehen, als etwa um 7¹/₂ Uhr schnell hinter einander aus dem Volkshaufen zwei Schüsse fielen, denen augenblicklich das Feuer einer etwas zurückstehenden Section Bürgerwehr folgte, wodurch zwei Personen getödtet, einige andere verwundet wurden. — Nach dem Feuer prallten die Volksmassen zurück und verließen sich, weil die gänzlich unbekannten Führer, von denen einer ein Doppel-Pistol abgefeuert hatte, unsichtbar geworden waren. — —

Jetzt wurde ein Weib mit angeblich verwundetem Kopfe auf einem Schubkarren die Linden entlang gefahren, von einem Zuge, an dessen Spitze Jemand unter dem Rufe: „zu den Waffen!“ ein in Blut getauchtes weißes Tuch schwang. — Ein anderer Trupp von etwa hundert Straßenjungen folgten dem Träger einer rothen Fahne,

unter dem Rufe: „es lebe die Republik!“ die Königsstraße entlang. — Die zu Tausenden sich auf den Straßen bewegenden Leute sahen beide Züge ohne die entfernteste Theilnahme an, ein Beweis, wie die ganze Bewegung der Bevölkerung Berlins vollständig fremd, ganz und gar nicht organisiert, sondern nichts als das von einzelnen Individuen angeführte Werk augenblicklicher Aufregung war.

Plötzlich tauchte nun auch überall die Nachricht auf, in Potsdam habe ein durch Barricaden unterstützter Straßenkampf stattgefunden, dessen Ausgang entschieden glücklich für das Volk gewesen sei und die Entwaffnung des Militärs und die Flucht des Königs und der königlichen Familie zur Folge gehabt habe. *) — — Das Militär wurde nun alarmirt und zog mit vollem Gepäck nach den Kasernen in der Karls- und Friedrichstraße, wohin sich auch der Kommandant von Berlin, General v. Nischhoff begeben hatte. Unter diesen Umständen waren nun Zusammenrottungen beim Zeughause unausbleiblich, zumal jetzt auch die bis dahin dort befindliche Bürgerwehr sich von dem Platze entweder ganz zurückgezogen, wenigstens die dem Wäldchen zugewendete Fronte ohne alle Bedeckung gelassen hatte. — Dies veranlaßte zuerst einzelne Jungen, an den Fenstern in die Höhe zu steigen und die Scheiben einzuschlagen, und weil sie hier nirgend auf Hindernisse stießen, drängten allmählig mehrere heran, versuchten die Thüren zu öffnen, sprengten endlich mit einer

*) Conf. Boff. Btg. vom 44. 46. 47. Juni 1848.

aus der Nähe herbeigeholten Brückenbohle eine Thürfüllung, öffneten nun das ganze Thor, und es ergoß sich das Volk in wildem Toben in die unteren Räume des Zeughauses.

— Der Hauptmann v. Razmer, welcher die im Innern aufgestellte, auf zwei Tage wohl verproviantirte Kompagnie befehligte, hatte sich mit dieser in die obere Etage des Gebäudes zurückgezogen, die Treppe aufgehoben und die unteren Räume ohne alle Bedeckung gelassen. — Im Innern des Gebäudes ging die große Masse sofort an die Vertheilung von Waffen und Kugeln, wobei planlos vieles auf die Straßen geschleppt, dort entweder für einige Groschen an Vorübergehende abgelassen, oder oft auch weggeworfen wurde; — einzelne Personen, besonders Eichler, Korn und Löwinson, begaben sich an den Eingang zu der vom Militär besetzten Etage, erzählten Herrn von Razmer, daß in Berlin die Republik proklamirt, und was in Potsdam vorgefallen sei, und versuchten, ihn zum Abzuge mit der Kompagnie zu bewegen und ihn zu überzeugen, daß eine Vertheidigung des Gebäudes, wenn ihm auch befohlen, unter den obwaltenden Umständen, nachdem das Militär bereits die Stadt verlassen habe, durchaus erfolglos bleiben und nur als Signal zu einem Blutbade dienen würde, das er ganz allein verantworten und welches mit der Vernichtung seiner Kompagnie endigen müßte. —

Nach langen Unterhandlungen und energischen Einwendungen, welche Herr v. Razmer dadurch begründete, daß er den Befehl habe, die obere Etage unter allen Umständen bis auf den letzten Mann zu vertheidigen,

zog derselbe sich, als bereits brennende Fackeln an die einzelnen Fenstern gelegt wurden, zu Abhaltung eines Kriegsrathes mit den übrigen Offizieren zurück, und erklärte endlich:

„Er wisse wohl, daß er wegen Verlassung des ihm anvertrauten Postens militärisch verdammt werden würde; da er aber auf verschiedenen, mit der Bitte um Verhaltungsbefehle an den Kommandanten abgesendete Meldungen ganz ohne Antwort geblieben sei, und daher der Nachricht glauben müsse, daß das Militär die Stadt verlassen habe, so wolle er lieber sich selbst zum Opfer bringen, als durch Anwendung der Waffen Ereignisse herbeiführen, deren Folgen unberechenbar. — Er sei bereit, mit der Kompagnie abzuziehen, wenn ihm freier ehrenvoller Abzug gewährt werde. — —

Herr Eichler gestand diese Bedingung zu und führte etwa um 10¹/₄ Uhr, nicht ohne eigene Gefahr, an der Seite des Herrn v. Razmer die Kompagnie durch das anfänglich sehr erbitterte Volk am Kupfergraben entlang nach der Kaserne. — —

Herr v. Razmer, obwohl er für sein Verhalten kriegsrechtlich verurtheilt worden ist, hat sich doch unleugbar auf den Standpunkt gestellt, welchen der Befehlshaber eines selbstständigen Postens seinen Mitbürgern gegenüber vernünftiger Weise stets einnehmen muß, er hat klar erkannt, daß Mittel und Zweck seines Auftrages im argen Mißverhältnisse zu einander standen. — — Das Volk drang nun auch in die obere Etage des Gebäudes und

auch hier bemächtigte sich jeder einer der reichlich vorhandenen verschiedenen Waffen. — Als die Nachricht von dem Eindringen des Volkes in das Zeughaus den Bürgerwehren bekannt wurde, welche Stundenlang auf ihren Alarmplätzen standen und auf Befehle vom Oberkommando warteten, marschirte das aus dem 41. 42. 43. Bezirk bestehende 10. Bataillon, unter Kommando des braven Hauptmann Vogel, sofort unter Trommelschlag nach dem Zeughause, säuberte die nach dem Wäldchen liegende Fronte und rückte in das Zeughaus selbst ein, während den aus Thüren und Fenstern entspringenden Tumultuanten ohne Widerstand die Waffen und andere Kostbarkeiten abgenommen wurden. — Alle übrigen Bürgerwehr-Bataillons rückten nun ebenfalls ohne Ordre nach dem Platze der Gefahr und nahmen hier Allen die eigenmächtig geholten Waffen ab, ohne auch nur auf den geringsten Widerstand zu stoßen. — In dem Augenblick, wo der in der Kaserne an der Karlsstraße befindliche General von Aschhoff die Nachricht von dem Abzuge des Hauptmann v. Rahmer und von dem Eindringen des Volkes erhielt, befohl er dem Kommandeur des 1. Bataillons 24. Infanterie-Regiments Oberst Lenz: „Sie marschiren nach dem „Zeughause und nehmen dasselbe, wenn Sie „auch keinen Mann zurückbringen.“ Das Bataillon kam etwa um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr beim Zeughause an und rückte in dasselbe ein, obgleich es bereits von der Bürgerwehr wieder besetzt war; von jetzt ab blieb ein ganzes Bataillon die dauernde Besatzung des Zeughauses. — Zum Beweise dient die in der zweiten Beilage

der Vossischen Zeitung vom 20. Juni enthaltene Erklärung:

„Mit Vergnügen bezeuge ich in Folge desfallsigen Aufsuchens dem Herrn Schweizer vom 43. Bezirk der Bürgerwehr, daß ich ihn und mehrere Mannschaften desselben Bezirks im Zeughause rühmlich wirkend vorfand, als ich in der Nacht vom 14. zum 15. d. M. mit dem ersten Bataillon 24. Infanterie-Regiments in dasselbe einrückte.

Berlin, den 17. Juni 1848.

Gez. Lenge, Oberst und Bataillons-Kommandeur.“

Auf Befehl des Kommandanten, gegen die erst heute vom Minister anerkannte gesetzliche Bestimmung, schritt hier das Militär ein, ohne vorherige Requisition der Bürgerwehr, und hätte dem erhaltenen Befehle gemäß der Oberst Lenge dies auch thun müssen, wenn die Bürgerwehr sich seinem Einrücken in das von ihr besetzte Haus widersezt hätte. — Sicherlich mußte der General triftige Gründe zu dieser augenscheinlichen Rechts- und Gesetz-Verletzung haben. —

Am 15. Juni und in den nächsten Tagen wurden bis auf sehr wenige, sämtliche entwendete Gewehre und andere Gegenstände, unter denen sehr werthvolle Waffen, wieder abgeliefert, hieraus leuchtet unumstößlich ein, daß der „Zeughaussturm,“ wie die Reaktion das beschriebene Ereigniß nennt, nicht das Werk eines vom Volke überlegten verbreiteten Planes, und nicht ausgeführt war in der Absicht und von Leuten, welche die entnommenen

Waffen zu einem Kampfe gegen Bürgerwehr und Militär verwenden oder überhaupt behalten wollten, (denn es wäre nichts leichter gewesen, als die Waffen bis zum geeigneten Augenblicke zu verbergen), sondern daß er das Werk momentaner Aufreizung war, durch Personen hervorgerufen, deren man leider nicht Aller hat habhaft werden können, *) und daß er unterstützt wurde wenigstens durch die Pflichtvergessenheit und Unfähigkeit derjenigen, welche sich an der Spitze der exekutiven Gewalten befanden. — Während des ganzen ereignisreichen Tages war weder der Polizeipräsident von Minutoli, noch der Kommandeur der Bürgerwehr, Herr Blesson, auf dem Plage der Gefahr sichtbar; letzterer hatte, obwohl er, wie aus seiner veröffentlichten sogenannten Rechtfertigung ersichtlich, die Bürgerwehr auf ihren Alarmplätzen versammelt wußte, und

*) Am 15. Juni wurde außer den Herren Löwinson und Korn auch der Thierarzt Urban als Urheber des Eindringens ins Zeughaus verhaftet; derselbe, welchen wir schon durch seine Thätigkeit am 24. und 26. März kennen lernten; derselbe, welcher in den ersten Tagen des April in großer Volksversammlung angeklagt wurde, durch Geld, welches er von der Polizei erhalten habe, den gewaltsamen Angriff auf den politischen Klub im Wahlhause veranlaßt zu haben; — und welcher sich hier lediglich damit ausredete, daß er das Geld von der Polizei zwar erhalten habe, aber nicht zum benannten Zwecke, sondern zur Westreitung von Druckkosten. — Herr Urban wurde in erster Instanz zu einem Jahre Festung verurtheilt, aber bald darauf seiner geschwächten Geisteskräfte wegen der Haft entlassen, in zweiter Instanz wurde er vorläufig frei gesprochen. Conf. Hoff. Stg.

obwohl er ununterbrochene Meldungen von den Ereignissen und Anfragen um Verhaltungsbefehle erhielt, die übrigen Bataillons nicht nur ohne Befehle gelassen, sondern er hatte auch noch das einzige Bataillon, welches geschlossen vor dem Zeughause stand und in Major Heiß einen tüchtigen, entschlossenen Führer besaß, gegen alle Vernunft von hier weg nach dem Kriegs-Ministerium geschickt, während in der Nähe des letzteren auf dem Wilhelmsplatz, Dönhofsplatz, Gensd'armenmarkt mehrere Bataillons unthätig standen. — —

Hätten die benannten Autoritäten den Muth gehabt, sich an den Ort der Gefahr zu begeben, ihre Schuldigkeit zu thun, so wäre das gewaltsame Eindringen in ein öffentliches Gebäude sicherlich unterblieben; — aber was anders, als angeborene Vaterlandsliebe kann im Augenblicke solcher Gefahr Muth verleihen, und unwillkürlich drängt sich die Meinung auf, es wäre besser gewesen, wenn Berlin keinen italienischen Polizei-Präsidenten und keinen französischen Bürgerwehr-Kommandeur gehabt hätte, und wenn im dänischen Feldzuge die Interessen Preussens nicht durch einen Portugiesischen und durch einen Schweizer Grafen vertreten worden wären. — —

Die seit Jahrhunderten vom siegreichen Preussischen Heere errungenen Trophäen, ein Heiligthum für jeden wahren Patrioten, sind beschimpft und die Bürgerwehr von Berlin hat diesem Skandal müßig zugeesehen! schrie die Reaktion, kurz sie beutete die jedenfalls sehr beklagens-

werthen Vorfälle nach Kräften aus und brach den Stab besonders über den Pflichtvergessenen Hauptmann von Naßmer. —

Was aber hätte die reaktionäre Kamarilla wohl gesagt, wenn Herr v. Naßmer hätte Feuer geben lassen, wenn ein andauernder blutiger Kampf zwischen der Kompagnie Militär und dem Theile der Bürgerwehr, welcher das Recht des Volkes auf Waffen anerkannte, und dem Proletariat ausgebrochen wäre, wenn der Magistrat flehentlich gebeten hätte, das aus der Stadt gezogene Militär möge zur Herstellung der auf andere Weise nicht zu erhaltenden Ruhe und Sicherheit als Friedensbringer wieder einrücken, und wenn der feige Spießbürger um die Erlaubniß gebeten hätte, die ihm anvertrauten Waffen gehorsamst wieder abliefern zu dürfen? — wahrlich, ihre kühnsten Wünsche wären dann in Erfüllung gewesen.*)

Der Major Blesson schien die durch die gestrigen Vorfälle noch nicht motivirte direkte Verwendung von Militär dadurch herbeiführen zu wollen, daß er am 15. Juni 10 Uhr B. M., wenige Stunden bevor ihn die für sein unverantwortliches Verhalten überaus mäßige Strafe er-

*) Mehrere Einwohner der Stadt Halle, welche die Ehre hat, den vermeintlichen Urheber der großen Pläne der Kamarilla ihren Bürger zu nennen, erzählten an einer table d'hôte in Berlin, sie hätten schon ein paar Tage vor dem 14. Juni gewußt, daß das Zeughaus angegriffen werden, daß ein Kampf entstehen, und daß das Militär einrücken würde. —

eilte, daß er nach Abgabe des interimistischen Ober-Kommando's durch das von ihm befehligte 8. Bataillon seiner Kommandeurstelle entsetzt wurde, dem Präsidenten der National-Versammlung schrieb:

„Nach der Lage der Dinge bin ich nicht im Stande, irgend eine Garantie zu übernehmen; zwar ist Mannschaft bestellt, ob sie aber erscheinen wird, weiß ich nicht, noch weniger, ob sie ihrer Pflicht genügt nach den Erfahrungen von gestern.

Berlin, den 13. Juni 1848.

Gez. Blesson.“*)

Durch diesen Brief schob er verläumberischer Weise die unterlassene Pflichterfüllung des vorigen Tages auf die Bürgerwehr, während lediglich sein gänzlicher Mangel an umsichtiger Entschlossenheit und Disposition die gestrigen Ereignisse zu dem erwähnten Ausgange gedrängt hatte.

Die in ihrer Mehrheit stets von regem Pflichtgefühl erfüllte Bürgerwehr stellte diese Verläumdung sofort in das richtige Licht durch die freiwillige Uebnahme des Dienstes bei der National-Versammlung mit drei Bataillonen; zwang auch den Herrn Blesson, eine Stunde nach dem obigen, folgendes Schreiben an den Präsidenten zu richten:

*) Stenographischer Bericht pag. 494.

„Erw. Hochwohlgeboren

zeige ich hierdurch gehorsamst an, daß sich so eben das vierte, fünfte und siebente Bataillon der Bürgerwehr freiwillig zur Besetzung des Ständehauses gemeldet haben, und glaube ich, daß auf dieselben gerechnet werden kann.

Berlin, den 14. Juni 1848.

Das interimistische Kommando der Bürgerwehr.

Ges. Blesson.“

Der Minister Camphausen erklärte, das Ministerium habe sich in Folge der gestrigen Ereignisse bewogen gefunden :

1. Drei Bataillons Landwehr in Berlin mobil zu machen, welche gemeinschaftlich mit der Bürgerwehr Hand in Hand gehen sollten;
2. eine kräftige zum Schutze der Stadt geeignete Schutzwache (Konstabler) für Berlin einzurichten.

Die Ereignisse des 14. Juni riefen also zwei Maßregeln hervor, von denen die letztere erst später, die erste augenblicklich der Reaktion nützlich, der Sache des Volkes und der Freiheit aber in hohem Grade gefährlich wurde.

Durch das bei Gelegenheit der Ragenmusiken von General v. Webern bereits angebahnte Herausziehen der Landwehrmänner aus der Bürgerwehr verlor letztere nicht nur die wesentlichsten Schutz- und Anhaltspunkte für ihre

mechanisch-militärische Ausbildung, sondern es wurde dadurch auch der jüngere und deshalb entschlossener, für die Freiheit empfänglichere eigentliche Kern der Berliner Bevölkerung (wenn auch angeblich zur Erreichung des gleichen Zweckes mit der Bürgerwehr) der Führung selbst gewählter Vorgesetzter entzogen, unter den Befehl der vom Könige ernannten, nur seiner Person zur Treue verpflichteten Offiziere gestellt, und gleichzeitig den noch nicht aufgehobenen militärischen Strafgesetzen unterworfen; es wurde ihnen also eigentlich jede persönliche Betheiligung an den öffentlichen, an den Angelegenheiten des Volkes unmöglich gemacht. —

Der Abgeordnete Uhlich wies zwar augenblicklich nach, wie diese Maßregeln, selbst das Aufstellen von größeren Bürgerwehr-Massen, durchaus nicht nothwendig, ja zweckwidrig seien; — der von ihm gestellte Antrag:

„Die hohe Versammlung wolle erklären, daß sie keines Schutzes Bewaffneter bedürfe, sondern sich unter den Schuß der Berliner Bevölkerung stelle,“

ging durch, aber die Versammlung unterließ es, darauf zu dringen, daß die Ausführung der vom Ministerium eingeleiteten Anordnungen ausgesetzt werde; und so gelang es, daß in Folge des sogenannten Zeughaussturmes die bewaffnete Reaktion in Gestalt breiter Landwehr-Bataillons in Berlin selbst festen Fuß faßte. — Die reaktionäre Kamilla hatte bereits einen so großen Anhang, daß man

die National-Versammlung wegen des Uhlischschen Antrages schmähte und beschimpfte *), während derselbe doch nichts enthielt als die volle Anerkennung der am 19. März vom Könige ausgesprochenen Versicherung, daß er das Militär aus der Stadt geschickt habe, weil er sich am sichersten wisse unter dem Schutze des Volkes von Berlin, welchem er sich auch ausschließlich anvertraue. —

Außer dem Uhlischschen Antrage wurde gegen den Wil-

*) Wie weit diese Schmähungen gingen, beweist am deutlichsten ein Aufruf des Herrn Kesselhauff aus Grünrode bei Neudamm vom 17. Juni (Voss. Ztg. vom 23. Juni erste Beilage.) Darin heißt es: *Schon flehen sich die Wetter in Berlin zusammen. — Erhebe Dich und säume nicht! sonst fällst Du, ein Sklave Deiner Blindheit und Feigheit! — „Nenne uns die Gefahr, das Verderben?“ — Diese Frage höre ich von allen Seiten.*

„Republik!“

ist meine Antwort.

Erklärt sie der von Buben irre geleitete Volkshaufe in Berlin, wagte sogar ein Theil der National-Versammlung, schändend das Mandat seiner Wähler, für sie zu stimmen, aus Furcht vor den Buben, oder aus jämmerlicher Eitelkeit und Ehrsucht, eine Staatsform aufzustellen, die Hohenzollern des Regiments für verlustig erklärt, Hohenzollern, durch das wir groß und stark geworden sind, durch das wir ruhmreiche Geschichte haben, durch das wir geachtet worden sind in der Reihe der Völker, und dafür uns Buben hinzusetzen, Buben von gestern, die Niemand gekannt, die von teuflischer Herrschsucht geplagt, ohne Lehren aus der Geschichte uns meißern wollen: dann ist der Tag da, zu dem wir gerüstet sein müssen! — „Hohenzollern, konstitutionelle Monarchie vom freiesten Geiste durchweht!“ sei unsere Loosung. Nieder mit der Republik! „Todt ihren Aposteln!“ sei unser Feldgeschrei im blutigsten Kampfe, im Bürgerkriege:

len des Ministeriums mit 46 Stimmen Majorität auch noch der Antrag der Abgeordneten Waldeck und Wachsmuth angenommen, dahin lautend, daß eine Kommission ernannt werde, welche die Revision des Regierungs-Entwurfes vorzunehmen, respective einen neuen Verfassungs-Entwurf auszuarbeiten habe. — Bei dieser Gelegenheit wies Waldeck auf das schlagendste nach, daß zur Beschleunigung des Verfassungs-Werkes und zur Beruhigung des Landes außer jener Kommission die vom Ministerium noch immer zurückgehaltenen organischen Gesetze unerläßlich nothwendig seien.*)

Zwei Tage später, am 17. Juni, erklärte der Minister-Präsident, daß der Kriegs-Minister, die Minister der auswärtigen und der geistlichen Angelegenheiten ihre Entlassung eingereicht hätten, für den ersteren aber der General Roth v. Schreckenstein bereits ernannt sei. — Am 20. Juni zeigte derselbe schriftlich an, daß auch er seine Entlassung genommen habe. —

In noch nicht drei Monaten war das Ministerium vom 29. März, welches bei seinem Antritte vom Lande als eine Errungenschaft betrachtet und mit Jubel begrüßt wurde, durch die Thätigkeit der, in Folge der großen Unterlassungs-Sünde des Minister-Präsidenten, möglich ge-

*) Stenographischer Bericht. pag. 195—214. Die Verzögerung wegen der Feststellung der Verfassung trifft also nicht die Linke, sondern sie ist durch das Ministerium herbeigeführt. —

bliebenen Kamarilla, von allen Parteien aufgegeben, und verzweifelte an sich selbst; es trat ab, ohne eigentlich von der National-Versammlung gestürzt zu sein. — —

Von allen den in Folge der Revolution am 19. und 21. März dem Volke feierlich verheißenen und zugelobten Rechten und Freiheiten, deren gesetzliche Sicherstellung das Land von dem Ministerium Camphausen erwartete, hat es demselben nur die durch den zweiten vereinigten Landtag bestätigten Grundrechte vom 6. und 8. April und das Wahlgesetz von demselben Tage hinterlassen. — Dagegen hat es die Minister aus der unmittelbaren Nähe des Königs verdrängen und die auswärtigen Angelegenheiten wesentlich durch die Kamarilla betreiben lassen; — es war den ersten offenen Unternehmungen der Reaktion nicht nur nicht entgegengetreten, sondern es hatte durch die Rückberufung des Prinzen von Preußen diese zu den kühnsten Thaten ermuthigt; — es hat das große Heer der Beamten zu Feinden der neuen Staats-Einrichtungen und zu den gefügigsten Werkzeugen der Reaktion gemacht durch den übereilten Erlass vom 12. Juni, *) nach welchem wegen der bevorstehenden neuen Organisation eine große Anzahl von Beamten auf Wartegeld gesetzt werden sollte; **)

*) Voss. Stg. vom 11. Juni 1848.

**) Ohne daß denselben durch die wirkliche Einführung neuer freisinniger Einrichtungen irgend eine Schadloshaltung geboten worden wäre.

— es hat dadurch die organisirte Verbreitung der Reaktion über das ganze Land wesentlich befördert; — es hat durch die Einberufung der Landwehr (und durch die Einrichtung der Schuzmannschaften, abgesehen von dem bösen Beispiele, welches in der ersten Maßregel gegeben wurde), die bewaffnete Reaktion in Berlin etabliert, und der schon im Uebermaße vorhandenen Polizei noch einen Zuwachs von 2000 Köpfen gesichert; es hat geduldet, daß in offenbarem Widerspruch mit den Gelöbnissen vom 19. März die Bewachung des Zeughauses dem Militär zugestanden wurde. — Das Ministerium vom 29. März fiel, weil es ihm an Muth fehlte, die stattgehabte März-Revolution mit ihren Konsequenzen anzuerkennen, weil es sich die Aufgabe stellte, zu vermitteln zwischen Altem und Neuem. —

Des persönlich edlen Camphausen unpolitisches Vertrauen in die Redlichkeit derer, mit welchen er zu verhandeln hatte, machte ihn, den selbst überlisteten, zum unbewußten Werkzeuge der Kamarilla. *) —

Das Ministerium vom 29. März hat das, in

*) Denkwürdig sind Camphausens Worte in seiner am 26. Juni gehaltenen Rede: „Freudig will ich darauf verzichten, daß dem Urtheile über mich zu gute komme, was ich verborgen an Kräften aufgewendet, um auszugleichen, zu vermitteln, zu beschwichtigen, zu versöhnen.“ — —

seinem Siege über den überrumpelten Gegner
hochherzige, großmüthige Preussische Volk um
die blutig errungenen Früchte der März-Revo-
lution gebracht. —

Ende des zweiten Heftes.

Druck von Alexander Wiede in Leipzig.

[illegible][illegible]



Bei **Ernst Keil & Comp.** in Leipzig erschien so
eben in Commission:

ODEZWA
DO SŁAWIAN

przez

RUSKIEGO PATRIOTE

MICHAŁA BAKUNINA
CZŁONKA ZJAZDU SŁAWIANSKIEGO W PRADZE.

12 Ngr.

Druck von Alexander Wiede in Leipzig.